Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 67 (1987)
Heft: 5

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schwer lesbare Wahlsignale

Die «Wahlen mit Signalwirkung» in den Kantonen Baselland, Zürich und Tessin sind vorbei. Aber viele Fragezeichen im Hinblick auf den eidgenössischen Wahlherbst sind geblieben. Denn das Bild ist uneinheitlich und lässt zum Teil Raum für stark abweichende Deutungen.

Zunächst zur «Grünen Welle»: Im Baselbiet und vor allem in Zürich war sie dominant. In der Nordwestschweiz kam eine «Symbiose» zwischen den Grünen und der POCH zustande, welche dieser Koalition eine Sitzvermehrung von 4 auf 10 einbrachte. Doch der ebenfalls im Zeichen des Umweltschutzes lancierte Sturmangriff der Sozialdemokraten scheiterte. Der erhoffte zweite Regierungssitz blieb Wunschtraum. Und bei den Parlamentswahlen verlor die SP zwei Sitze. Landesring und EVP, welche ebenfalls grosse Hoffnungen in ihren kompromisslos grünen Kurs setzten, wurden ebenso enttäuscht: Die Evangelische Volkspartei stagnierte völlig, während der LdU sogar Parlamentsmandate einbüsste.

In Zürich bot sich ein ähnliches Bild, allerdings mit noch verstärkten Akzenten. Die Grünen profitierten vom Proporzglück, so dass die Erhöhung des Wähleranteils von 3,2 auf 10,4 Prozent beinahe das Sechsfache an Mandaten eintrug: Aus 4 wurden 22. Ähnlich günstig war der Wahlausgang für die SP, wenn auch mit umgekehrtem Vorzeichen: Trotz einem Wählerverlust von 2,6 Prozent ging lediglich ein Sitz verloren. Dafür schlug die «Proporzhexe» bei der FDP zu, die sonst normalerweise als grösste Partei im bürgerlichen Listenverbund besonders stark mit Restmandaten gesegnet war: Der Rückgang des Wähleranteils um 1,7 Prozent bedeutete einen Verlust von nicht weniger als 6 Mandaten. In einzelnen Wahlbezirken fiel dabei vor allem ein stärkerer Einbruch des «Koalitionspartners» SVP ins Gewicht, die ihrerseits 4 der bisher 35 Sitze verlor. Erneut büssten die Freisinnigen im übrigen vor allem in der Stadt Zürich Wähler ein.

Die Hauptverliererin unter den bürgerlichen Parteien war aber eindeutig die CVP. Ihr Wähleranteil fiel dabei erstmals seit langem unter 10 Prozent. Der Verlust von mehr als einem Fünftel der Wähler (8,2 statt 10,5 Prozent) hatte den Abstrich von 6 Kantonsratssitzen zur Folge. Die Parteiführung glaubt, dass die gleichzeitig laufende Abstimmung über das Asylgesetz negative Auswirkungen hatte, weil sich dort kirchliche Kreise besonders stark in harter Kritik an der Gesetzesrevision übten. Auch machte sich das Ausscheren aus dem traditionellen Listenverbund mit FDP und SVP offensichtlich nicht bezahlt.

Im übrigen gehörte auch die CVP zu jenen Parteien, welche besonders massiv auf die grüne Karte setzten. Und dies ging auch in Zürich — wie zuvor im Baselbiet — schief. Der Landesring verlor 2 Mandate, die EVP sogar 3 von den bisherigen 14. Die wirklich «grünen» Wähler sagten sich offenbar:

Wenn schon grün, dann eine original grüne Partei.

Auch im Kanton Zürich entschieden sich die Wähler im übrigen trotz aller «Beben» für die traditionelle Zusammensetzung der Regierung. Die SP verpasste die Rückgewinnung des 1963 verlorenen zweiten Sitzes deutlich, obwohl sie einen guten Kampfkandidaten mit ausgewiesener «grüner» Kompetenz und einer geschickten Kampagnenführung ins Rennen schicken konnte. Die Chance zum Erfolg schien selten günstig zu sein und wird wohl nicht so rasch wieder kommen.

Im dritten Wahlkanton, im Tessin, gingen die Uhren eindeutig anders. Die schweren Kämpfe innerhalb der Linken führten zur allgemeinen Überraschung zu einem erhöhten Wähleranteil und vor allem zu einem zweiten Regierungssitz, der zulasten des profilierten bisherigen CVP-Vertreters Fulvio Caccia ging. Die Grünen in der Sonnenstube hatten praktisch «kein Brot». Eine kleine Schlagzeile verdiente sich Valentin Oehen, dem seine Parteigründung zum Einzug in den Grossen Rat verhalf.

Was bedeutet dies alles für den kommenden Herbst? Zunächst einmal ist nicht zum vorneherein gesagt, dass die «Grüne Welle» auch auf eidgenössischer Ebene so stark zum Tragen kommen wird. Das zeigen Beispiele aus andern Ländern. Zum andern ist es offensichtlich, dass sich grünes «Glücksrittertum» kleinerer Parteien nicht ihren Erwartungen entsprechend auszahlt. Zum dritten hat die SP eindeutig weiterhin Mühe, den Terrainverlust der letzten zehn Jahre wieder gut zu machen. Die bürgerlichen Parteien ihrerseits mussten, sicherlich nicht unerwartet, etwas Haare lassen — aber bei weitem nicht in jenem Ausmass, das all die Publizisten «neutraler» Medien vorauszusehen glaubten, wenn sie von der vermeintlich bevorstehenden «Grossen Wende» schrieben und redeten. Das ändert indessen nichts daran, dass ihnen Monate harter Aufklärungsarbeit bevorstehen — Aufklärung darüber, dass auch dem Umweltschutz am besten gedient ist, wenn er in gesamtpolitischen Perspektiven integriert und entsprechend breit abgestützt wird.

Richard Reich

Wieviel Konkordanz?

Konkordanz steht bekanntlich für ein Prinzip der *Machtteilung,* das auf Länder zugeschnitten ist, in denen verschiedene Minoritäten zusammenleben. Es geht um eine Konfliktregelungsstrategie, die darauf angelegt ist, das Zusammenleben von Minderheiten zu erleichtern. Konkordanz stellt sich als eine spezifische Form des Minderheitenschutzes dar — und ist deshalb auch für die Schweiz von ausserordentlichem Gewicht. Konkordanz ist aber keine helvetische Erfindung. Vielmehr handelt es sich um einen im Vokabular der Politikwissenschaften etablierten Begriff. Er wird in der politischen Praxis zahlreicher Länder beachtet.

Konkordanz verwirft die Herrschaft der Mehrheit in einem *absoluten Sinne.* Sie beteiligt die Minderheiten an der

Machtausübung. Zur Erreichung dieses Zieles stehen verschiedene Mittel zur Verfügung:

— Koalitionsregierungen;
— das Vetorecht von Minderheiten in bestimmten Fragen;
— das Proporzwahlsystem;
— die Besetzung von wichtigen Ämtern nach dem Regional- oder Parteienproporz;
— die Herstellung einer weitgehenden Autonomie für Minderheiten durch eine ausgeprägt dezentrale Entscheidungsstruktur.

Konkordanz visiert mithin eine Entgiftung der Macht durch deren Teilung. Jedes Land muss sich selbst bestimmen, wieviel und welche Formen der Konkordanz es benötigt, um seine Minderheitenprobleme unter Kontrolle halten zu können. Es kann wohl ohne Zweifel die Behauptung gewagt werden, dass eine der grossen politischen Leistungen der Schweiz eben darin erkannt werden darf, dass es ihr — wenn vom Jurakonflikt abgesehen wird — weitgehend gelungen ist, die Entstehung von Minderheitenproblemen zu vermeiden. Der Konkordanz ist ein hoher staatspolitischer Stellenwert einzuräumen.

Konkordanz hat aber auch die Eigenschaft, in den Formen, in die sie sich über die Zeit verdichtet hat, zu *erstarren.* Im Kern ist sie jedoch als ein praktisch-politisches Mittel und nicht als eine heilige Kuh zu verstehen. Dieser eher ketzerische Gedanke hat sich wieder einmal beim unschönen Seilziehen um die Nomination eines neuen *PTT-Generaldirektors* in den Vordergrund geschoben. Die eingespielten Konkordanzregeln forderten einen welschen Kandidaten sozialdemokratischer Herkunft. Aber die Idealfigur, die sowohl diese Erfordernisse erfüllt *und* gleichzeitig die Voraussetzungen mitgebracht hätte, die für eine rein sachliche Bewältigung dieses hohen Amtes notwendig sind, war nicht zu finden. Mit Jean Clivaz hat der Bundesrat nun einen Mann erkoren, der als erfahrener Gewerkschafter und Präsident des Schweizerischen Eisenbahnerverbandes ohne Zweifel die charakterlichen Bedingungen für die Bewältigung dieses Amtes mitbringt. Weil Clivaz jedoch bereits in drei Jahren in Pension gehen wird, kann diese Variante nur als eine kurzfristige Übergangslösung bezeichnet werden. Die PTT anderseits stehen vor einer Reihe schwerwiegender Probleme und Entscheide. In diesem Falle wäre also Konkordanzvernunft gegen eine auch sachgerechte Lösung abzuwägen gewesen. Diese Ausmarchung hat indessen kaum stattgefunden. Konkordanz in Ehren. Aber es wäre vielleicht doch kein Luxus, wenn er in konkreten Fällen etwas elastischer gehandhabt würde.

Willy Linder

Zurück zu Lenin oder vorwärts wohin?

In real existierenden sozialistischen Staaten hat das Problem der Reformen, der Liberalisierung, der Öffnung mit dem Appell an eigenständiges Handeln, an persönliches Interesse, an Profit nicht nur mit praktischen Gegeben-

heiten zu tun und mit Abbau der Privilegien einer unkontrollierten «Nomenklatura», sondern mit der Terminologie, den ideologischen Referenzen, den Unterschieden der Systeme, dem Glauben an die historische Überlegenheit des eigenen.

In Chinas — nur momentaner? — Abkehr von einer Öffnung, einer Entstaatlichung, die vielen Beobachtern als unumkehrbar galt, in der neuen Öffnung des sowjetischen Regimes, also im sinkenden wie im steigenden Reformimpuls und ebenso in der Stagnation Jugoslawiens zeigt sich, dass die «blossen Worte», die Abstraktionen ein Trägheitsfaktor von grossem Gewicht bleiben. Auch deswegen sind bisher die «Wege nach vorn», die Durchbrüche, in Sackgassen gemündet.

Der verheissene Wandel wird jeweils in den «ideokratischen» Einparteienstaaten als Rückbesinnung auf die eigenen Grundlagen verkündet. In der Sowjetunion ist es ein «Zurück zu Lenin», den Gorbatschow häufiger zitiert, als Chruschtschow es tat, der sich mehr an Bibelworte und Sprichwörter hielt. Nachahmenswerte Eigenarten fremder Systeme werden nie anerkannt, nie genannt.

Das versteht sich keineswegs von selbst. Die französischen Aufklärer, insbesondere Voltaire, studierten und rühmten das englische Vorbild. Die jetzt zweihundertjährige Verfassung der Vereinigten Staaten hatte weithin Modellcharakter — hier sei auf Klaus von Beymes «Vorbild Amerika? Der Einfluss der amerikanischen Demokratie in der Welt» (Piper, München 1986) hingewiesen.

Den sozialistischen Staaten, wenn wir sie so nennen wollen, gilt Beachtung anderer Erfahrungen und Einrichtungen als Gesichtsverlust. Die bürgerlichen Demokratien — heisst es — sind ja nur überlebende Vergangenheit, wir sind die Zukunft!

Wie aber kann der heute als notwendig empfundene Wandel aus den Lehren und der Praxis Lenins, Maos, Titos abgeleitet werden? Für Marx und Engels waren die zwischen Staat und Gesellschaft vermittelnden Institutionen wie die unabhängige Justiz kein Thema, sondern eine Selbstverständlichkeit. Nach der Überwindung des Kapitalismus und der antagonistischen Klassen, meinten sie, verstünden sich solche Freiheiten von selbst und würden sich sogar in nicht ahnbarem Mass ausweiten.

Die neuere Vorstellung, dass sowohl die «Dritte Welt» wie auch die Zweite Welt der sozialistischen Revolutionen ihre «Entwicklungsdiktaturen» brauchen, ist siebzig Jahre nach der Gründung der Sowjetunion nicht mehr ganz plausibel. Die Interessen der Machthaber an der Erhaltung der Diktatur und die Interessen der Entwicklung sind offenbar zweierlei.

Bleibt die «List der Vernunft». Auch wenn Rentabilitäts- und Effizienzprinzipien der Marktwirtschaft eingebaut werden, kann dieser Transfer immer noch als Rückkehr zu Lenin oder zu andern Gründern formuliert werden. In frühen Schriften Lenins über die russischen Agrarfragen ist da sogar einiges zu finden... Es wäre eine Fiktion, aber eine nützliche, vielleicht unentbehrliche. Lars Gustafsson hat in anderem Zusammenhang folgende Formulierung angeboten: *«Die öffentliche Lüge ist ein regeltechnisches Gerät, das automatisch eingeschaltet werden muss, wenn ein Prozess eine Sache produziert, von der wir uns einreden wollen, dass sie eigentlich eine andere Sache ist.»*

Im «Time Magazine» vom 16. März hat Andrej Sacharow die Reden, die er auf dem Kongress der Schriftsteller und Filmstars im Februar in Moskau gehalten hat und mit deren Veröffentlichung am Ort es offenbar haperte, zu einem Aufsatz zusammengefasst. Er fordert viel weitergehendere Offenheit und Demokratie, bedingungslose Haftentlassung aller Gewissensgefangener, weist besorgt auf Rückschritte hin. Was bedeutet der Vorwurf mancher Dissidenten, Sacharow sei nunmehr der Handlanger Gorbatschows? Keine einzige seiner Äusserungen rechtfertigt diese Behauptung, insbesondere nicht dieser Aufsatz.

Sacharow schreibt: *«Konvergenz, die Annäherung der sozialistischen und kapitalistischen Systeme, bietet die wirkliche und bleibende Lösung des Problems der internationalen Sicherheit.»* Welches System müsste sich im Zeichen der Konvergenz mehr ändern? Sacharow sagt es nicht, weist aber ausschliesslich auf das Fehlen von Freiheiten im eigenen Land hin.

Eine Rede Gorbatschows erschien englisch unter dem Titel «Demokratie ist unsere Lebensluft». Was bedeutet er? Unter Stalin wurde das Wort «Demokratie» ständig gebraucht. Auch in dieser Hinsicht sei die Sowjetunion dem Westen weit überlegen. Der jetzige Generalsekretär gibt offenbar diesem Wort einen anderen Sinn: Er meint etwas, das weithin fehlt und erst zu schaffen sei. Mit welchen strukturellen Reformen, insbesondere solchen der Justiz, deren Dringlichkeit betont wird, wird sich diese Absicht verbinden? Es bleibt abzuwarten.

In den Jahren der «Détente» hatte Henry Kissinger ausdrücklich vermieden, innere Reformen der Sowjetunion und Vereinbarungen mit ihrer Regierung zu verknüpfen. Margaret Thatcher hat in Moskau eben das getan. Wer hat recht? Eine einfache Antwort kann nicht gegeben werden. Doch zeigt sich, dass die Abrüstung wechselseitige, auch überraschende «Inspektion» erfordert, also eine Art «glasnost», die von allgemein grösserer «Transparenz» — militärisch wäre es auch für Demokratien ein Problem — nicht zu trennen ist.

François Bondy

«Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unseren menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben.»

Friedrich Engels, Naturdialektik